

Willkommen im Arbeitslager!

Das neoliberale Aktivierungs- und Arbeitszwangregime der EU-Kommission

von Martin Mair / Aus Streifzüge 2019-77

[3]

Bereits bei ihrer Gründung 1993 weist die EU steigende Erwerbslosenzahlen auf. Auch wenn die Union in der Sozialpolitik keine Regelungskompetenz hat, so war doch im Laufe der Jahre in vielen Staaten eine ähnliche Entwicklung festzustellen: Statt den Staat in die Verantwortung für die ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen zu nehmen, für die Aufteilung der Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung oder gar den Aufbau alternativer Beschäftigungsfelder zu forcieren, war wie aus dem Nichts in vielen Staaten ein Dogmenwechsel festzustellen.

Bei der abrupten Einführung von Hartz IV zeigte sich das 2004 am deutlichsten. Die Blaupause für die Politik lieferte die „[OECD Jobs Strategy](#) [4]“ von 1996, die 1997 von der dänischen Präsidentschaft unter dem Schlagwort der „Aktivierung“ propagiert wurde.

Folgende Grundannahmen oder Glaubenssätze stehen dahinter:

- Lohnarbeit ist das beste Mittel gegen Armut.
- Der Arbeitsmarkt ist unflexibel – Sozialsystem und Arbeitnehmerrechte sind ein Hindernis.
- Wachstum fördert Beschäftigung – Beschäftigung fördert Wachstum.

Aus der alten „aktiven Beschäftigungspolitik“ der 80er Jahre wurde die „aktivierende Arbeitsmarktpolitik“:

- Grund für Arbeitslosigkeit sind nicht mehr fehlende Arbeitsplätze, sondern dass die Chancen des freien Marktes nicht genutzt würden.
- Statt der Politik ist jeder einzelne Mensch als Marktteilnehmer selbst für sein Schicksal verantwortlich.
- Statt der Solidarität aller (Arbeitszeitverkürzung), gilt die Eigenverantwortung im Wettbewerb, die Differenzierung als höchster Wert.
- Aus dem „Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit“ wird unter dem Motto „kein Recht auf Faulheit“ die Pflicht sich durch Betreuer fördern und fordern zu lassen.
- Statt bei Mangel an „Arbeitskräften“ nach dem Pull-Prinzip Lohn zu erhöhen, herrscht das Push-Prinzip in Form von noch mehr Druck.
- Statt Vermittlung in volle und regulär bezahlte Arbeit am „ersten Arbeitsmarkt“ gilt bereits verbesserte Arbeitsmarktnähe, prekäre Leih- oder Teilzeitarbeit oder Arbeit am „zweiten Arbeitsmarkt“ als Erfolg.

Was nicht hinterfragt, aber geradezu eskalierend verschärft wird, ist, dass „Integration“ nur durch Erwerbsarbeit (Arbeitszwang) möglich sei, Arbeitslose keine eigenständigen politischen Akteure sind (keine Vertretung) und natürlich, dass das [neoliberal verseuchte; H.S.] kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem mit dem Wachstumszwang keinesfalls in Frage gestellt werden darf. Als Ausgleich wird „Decent Work“ in Aussicht gestellt („Soziale Säule“).

Was seither mehr oder weniger zumindest in den Kernstaaten der EU festzustellen ist:

- Verringerung der Bezugsdauer und Senkung der Bezugshöhe,
- Verschärfung des Sanktionenregimes,
- Verschlechterung der Kriterien für „zumutbare Jobs“, prekäre Arbeit wird zumutbar,
- Ausbau des „zweiten Arbeitsmarktes“ mit reduzierten ArbeitnehmerInnenrechten („Workfare“),

– Auslagerung von Aufgaben an private, gewinnorientierte Agenturen – „Kursindustrie“, teilweise sogar börsennotiert!

Damit es keine Ausweichmöglichkeit gibt, werden die Bereiche des „Sozialstaates“ enger verzahnt:

- Anbindung der Sozialhilfe an das verschärfte Regime der Arbeitsagentur,
- Verschärfung des Zugangs zur Invaliditätspension, selbst Behinderte werden „fit 2 work“ erklärt (GB),
- Verschlechterungen bei der Alterspension, Erhöhung des Pensionsalters,
- verstärkte Datenerhebung und automatischer Datenaustausch,
- Förderung privater Sozialversicherungen (Pensionsvorsorge),
- Verringerung von Freiräumen und Ausstiegsmöglichkeiten.

Aus grundlegenden, auch kollektiven Menschenrechten werden individuelle Pflichten:

– Aus „Jeder Mensch ist gleich an Rechten und Würde geboren und hat daher das Recht auf frei gewählte gute Arbeit“ wird „der Mensch erlangt seine Würde erst durch die Arbeit. Arbeit um jeden Preis ist Bürgerpflicht“.

– Statt Recht auf Gesundheit und freie Behandlungswahl wird die Pflicht zum Erhalt der „Arbeitsfähigkeit“ und Zwangsrehabilitation mit Case-Management.

– Aus Unschuldsvermutung wird Schuldvermutung: An der Arbeitslosigkeit ist der Arbeitslose selbst schuld, Defizitorientierung („Vermittlungshindernisse“ = individuelle Schuldzuschreibung).

– Einschränkung der Privatsphäre und des Selbstbestimmungsrechts,

– Tendenz zur Ersetzung festgelegter Rechte und Pflichten durch „Vereinbarungen“ auf ungleicher Machtbasis,

– höhere Hürden beim Rechtszugang.

Die fehlende Regelungskompetenz der EU wird 2000 als Teil der Lissabon-Strategie durch die „Open Method Coordination“ ausgeglichen. Geradezu krebsartig wuchern die Agenturen, Konferenzen, Untersuchungen und Berichte mit denen EU-Staaten gelobt oder gerügt werden. Im „Europäischen Semester“ fordert die EU planwirtschaftlich höhere Erwerbsquoten speziell für marktabsente Gruppen wie Frauen, Ältere, gesundheitlich Angeschlagene und Migrantinnen.

Außerhalb der EU-Kernstaaten kommt die teure „Aktivierung“ weniger zum Zug. Die EU-Kommission machte 2016 eine „Öffentliche Konsultation betreffend der Dienstleistungen für Langzeitarbeitslose“. Nur in Englisch.

Immer mehr Menschen werden so im Namen von Wirtschaftswachstum und Armutsbekämpfung auf den Arbeitsmarkt getrieben. Möglichst alle Lebensbereiche, gerade die „unproduktiven“, in schlecht bezahlte, prekäre Erwerbsarbeit umgewandelt. Auf Kosten der Versicherten und Steuerzahlenden subventionierte Arbeit wird Unternehmen billig wie Dreck nachgeworfen.

Alle [Stakeholder](#) [5] (Teilhaber) sind am Gewinn versprechenden Geflecht der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik beteiligt und haben Lobbygruppen in Brüssel. Alle? Bis auf die Betroffenen selbst; die Erwerbsarbeitslosen. Ressourcen für eine EU-weite Vernetzung bekommen die Arbeitsloseninitiativen nicht.

Die Hürden für Projektförderungen sind zu hoch. Dafür gibt es als Feigenblatt der Sozialbranche von der [EAPN](#) [6] (European Anti-Poverty Network; dt.: *Europäisches Armutsnetzwerk*) einmal im Jahr in Brüssel wohlorganisierte Treffen, wo Politiker sich ausgesuchte Vorzeigearme anhören können. Alles fernab der Kontrolle durch das Europäische Parlament.

Die politische Verantwortung verschwindet im von den Lobbyistengruppen bearbeiteten Institutionengeflecht. Nicht einmal die "Agentur der Europäischen Union für Grundrechte" ([FRA](#) [7], *englisch* European Union Agency for Fundamental Rights >> [Webseite](#) [8]) darf einen kritischen Blick in Form von Untersuchungen und Berichten auf den Stand der „Sozialen Menschenrechte“ in der EU werfen.

**Wie wunderbar. Das Soziale ist das, was über bleibt,
wenn überhaupt ...**

Martin Mair, 1964. Studium der Publizistik und Kommunikationswissenschaft, Informatik und Soziologie. War u.a. in der ÖH, der Arge Daten und bei Reporter ohne Grenzen Österreich (Gründer) engagiert sowie als freischaffender Journalist erwerbstätig. Obmann der Aktiven Arbeitslosen Österreich: www.aktive-arbeitslose.at

► **Quelle:** Erstveröffentlicht am 11. Januar 2020 in Streifzüge >> [Artikel](#) [9]. "Streifzüge 2019-77 - Magazinierte Transformationslust" ist eine Publikation des Vereins für gesellschaftliche Transformationskunde in Wien. **Verbreitung:** [COPYLEFT](#) [10]. „Jede Wiedergabe, Vervielfältigung und Verbreitung der Publikationen in Streifzüge ist im Sinne der Bereicherung des allgemeinen geistigen Lebens erwünscht.“ (Kritischer Kreis. Verein für gesellschaftliche Transformationskunde, Wien.).

ACHTUNG: Die Bilder und Grafiken im Artikel sind nicht Bestandteil des Originalartikels und wurden von KN-ADMIN Helmut Schnug eingefügt. Für sie gelten ggf. andere Lizenzen, siehe weiter unten. Grünfärbung von Zitaten im Artikel und einige Verlinkungen wurden ebenfalls von H.S. als Anreicherung gesetzt. Der letzte Absatz wurde von H.S. bezügl. EAPN und FRA ergänzt.

[3]

► Bild- und Grafikquellen:

1. **NEIN zur EU-DIKTATUR.** Dieses Motiv kann als Aufkleber in kleinen o. größeren Mengen bestellt werden bei >> www.eu-diktatur.com/ [11].

2. **NEOLIBERALISMUS:** In kaum einem anderen Bereich zeigt sich der neoliberale Zeitgeist so stark wie im Sozialbereich, wo es gegenwärtig zu einem starken Rückbau des Wohlfahrtsstaates kommt. Einige Begriffe der Auswirkungen (alphabetisch): Abbau hart erkämpfter Sozialstandards, Altersarmut, Arbeit auf Abruf, Arbeitsarmut, Arbeitsplatzvernichtung, Arbeitsmarktflexibilisierung, Armutsrente, atypische Arbeitsverhältnisse, Ausbeutung, Ausgrenzung, Austeritätspolitik, Brain Drain, Bürgerbekämpfung, Demokratieabbau, Deregulierung, Destabilisierung, Diskriminierung, Einkommensarmut, Einkommensungleichheit, Entdemokratisierung, Entmenschlichung, Entwürdigung, Erwerbsarmut, Erwerbsmigration, extreme Vermögensschiefelage, Gesellschaftsspaltung, Gruppenegoismus, ideologischer Dogmatismus, Kinderarmut, Knechtschaft lohnabhängig Beschäftigter, kognitive Indoktrination, Konditionierung, Lohndumping, Marktgläubigkeit, Marktfundamentalismus, Marktkonformismus, Marktmentalismus, Marktradikalismus, Massenverelendung, Menschenverachtung, Niedriglohnjobs, neoliberales Framing, Nutzmenschhaltung, prekäre Jobs, Prekarisierung, Rentenbetrug, Repressionen, Solidaritätsvernichtung, Sozialabbau, Sozialdarwinismus, soziale Kälte, soziale Schiefelage und Ungerechtigkeit, Stellenabbau, zunehmende Verarmung, verantwortungsloses Kaputtsparen, Verlust gesellschaftlicher und kultureller Teilhabe, VerteilungsUNgerechtigkeit, Werteverfall, Wohlstandschauvinismus, working poor . . . **Bildidee:** Helmut Schnug. **Grafikbearbeitung:** Wilfried Kahrs (WiKa).

3. **HUMAN RESOURCES**, auch als Humanressourcen, Humankapital oder Human Capital bekannt. Es umfasst die immateriellen Ressourcen, die Arbeitgeber durch Mitarbeiter erhalten. Dabei handelt es sich um das Wissen, die Fähigkeiten und die Motivation jedes einzelnen Mitarbeiters.

Da in Deutschland in vielen Branchen durch eine völlig verkackte neoliberal-verseuchte Bildung-, Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik jahrzehntelang systematisch kaputtgespart wurde (z.B. im Pflegebereich, bei Lehrern und Pädagogen, auch fehlen hochqualifizierte Fachkräfte in Industrie und Wissenschaft), sollen nun verstärkt die entstandenen Lücken durch geförderte Anwerbung von Migranten:Innen geschlossen werden. Man muß daher von gezielter Umsiedelung und Nutzmenschhaltung sprechen. **Grafik:** ArtsyBee / Oberholster Venita, Brits/South Africa. **Quelle:** [Pixabay](#) [12]. Alle Pixabay-Inhalte dürfen kostenlos für kommerzielle und nicht-kommerzielle Anwendungen, genutzt werden - gedruckt und digital. Eine Genehmigung muß weder vom Bildautor noch von Pixabay eingeholt werden. Auch eine Quellenangabe ist nicht erforderlich. Pixabay-Inhalte dürfen verändert werden. [Pixabay Lizenz](#) [13]. >> [Grafik](#) [14].

4. siehe # 2

5. **NO EU! Die EU ist ein antidemokratisches, bürgerfeindliches und korruptes Regime. Europa ist weit mehr als die EU! JA zu EUROPA!** - NO EU! The EU is an undemocratic, resident-unfriendly and corrupt regime. Europa is not merely EU, but rather! YES to EUROPE! **Bildidee:** Helmut Schnug. **Techn. Umsetzung:** Wilfried Kahrs.

Links

[1] <https://kritisches-netzwerk.de/user/login?destination=comment/reply/8452%23comment-form> [2] <https://kritisches-netzwerk.de/forum/das-neoliberale-aktivierungs-und-arbeitszwangregime-der-eu-kommission> [3] <https://www.streifzuege.org/> [4] <https://www.oecd.org/els/emp/boostingjobsandincomestheoecdjobsstrategy.htm> [5] <https://de.wikipedia.org/wiki/Stakeholder> [6] <https://www.eapn.eu/> [7] https://de.wikipedia.org/wiki/Agentur_der_Europ%C3%A4ischen_Union_f%C3%BCr_Grundrechte [8] <https://fra.europa.eu/de> [9] <https://www.streifzuege.org/2020/willkommen-im-arbeitslager/> [10] <https://de.wikipedia.org/wiki/Copyleft> [11] <http://www.eu-diktatur.com/> [12] <https://pixabay.com/> [13] <https://pixabay.com/de/service/license/> [14] <https://pixabay.com/illustrations/human-resources-hr-management-1181577/> [15] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/abgehangte> [16] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/aktivierende-arbeitsmarktpolitik> [17] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/aktivierungsregime> [18] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/arbeitsmarktflexibilisierung> [19] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/arbeitszeitverkurzungen> [20] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/arbeitszwang> [21] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/arbeitszwangregime> [22] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/ausbeutung> [23] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/austeritatspolitik> [24] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/case-management> [25] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/decent-work> [26] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/defizitorientierung> [27] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/eapn> [28] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/entmenschlichung> [29] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/entwürdigung> [30] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/erwerbsarbeit> [31] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/erwerbslosenzahlen> [32] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/erwerbsquoten> [33] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/eu-kommission> [34] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/europaische-grundrechteagentur> [35] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/europaische-union> [36] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/europaisches-armutsumnetzwerk> [37] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/europaische-parlament> [38] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/european-anti-poverty-network> [39] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/fit-2-work> [40] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/hartz-iv-0> [41] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/human-capital> [42] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/humankapital> [43] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/human-resources> [44] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/humanressourcen> [45] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/institutionengeflecht> [46] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/invaliditatspension> [47] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/kein-recht-auf-faulheit> [48] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/kursindustrie> [49] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/langzeitarbeitslose> [50] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/leiharbeit> [51] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/leistungskurzung> [52] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/marktglaube> [53] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/marktradikalismus> [54] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/martin-mair> [55] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/massennutzmenschhaltung> [56] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/neoliberalismus> [57] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/nutzmenschhaltung> [58] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/oecd-jobs-strategy> [59] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/prekare-arbeit> [60] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/prekariat> [61] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/privatisierung> [62] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sanktionenregime> [63] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/schuldvermutung> [64] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/schuldzuschreibung> [65] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/sozialabbau> [66] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/stakeholder> [67] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/teilzeitarbeit> [68] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/uberflussige> [69] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/vermittlungshindernisse> [70] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/wachstumsfetischismus> [71] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/wachstumswang> [72] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/workfare> [73] <https://kritisches-netzwerk.de/tags/zwangsrehabilitation>